

## **Antwort**

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 164

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/335

### **Bernau braucht eine Ortsumgehungsstraße**

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Landesplanung die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Seit der Wende wird in der Stadt Bernau die Errichtung einer echten Ortsumgehungsstraße diskutiert. Auch derzeit plant die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit der Stadtverordnetenversammlung eine neue Streckenführung der L200, ehemals B2.

Ziel ist es, den ortsübergreifenden Verkehr aus der Innenstadt herauszuhalten. Es soll in mehreren Abschnitten eine Wegführung von der L200 im Süden, östlich an der Stadt vorbei im Norden wieder an die L200 anschließend geplant werden. In ferner Zukunft soll der Ring nördlich und westlich der Stadt weitergeführt werden, um eine vollständige Umfahrung der Stadt aus allen Richtungen zu gewährleisten.

1. Gab oder gibt es im Landesbetrieb Straßenwesen Pläne, auch ältere, welche zur Planung herangezogen werden können?

zu Frage 1: In den 1990er Jahren wurden Unterlagen für ein Raumordnungsverfahren sowie für die Linienbestimmung für die Maßnahme „B 2 OU Bernau“ erarbeitet. Diese Unterlagen sind nicht mehr aktuell. Für eine OU Bernau müssen komplett neue Unterlagen erstellt werden.

2. Gab oder gibt es Gespräche zwischen der Stadt Bernau, dem Landkreis Barnim und dem Land über eine geplante Streckenführung?
3. Gab oder gibt es Gespräche zwischen der Stadt Bernau, dem Landkreis Barnim und dem Land Brandenburg über die Aufteilung der Finanzierung eines solch großen Projektes?

Zu den Fragen 2 und 3: Derzeit erfolgen keine Planungen für den Bau der OU Bernau (L 200). Sobald diese aufgenommen werden, wird sich die Straßenbauverwaltung mit den Betroffenen zur konkreten Linienführung abstimmen. Das gilt auch für die Aufteilung der Finanzierung.

4. Teilt die Landesregierung die Einschätzung, dass angesichts der massiven Verkehrsbelastung, des erheblichen Bevölkerungsanstiegs und der regelmäßig nachgewiesenen Lärm- und Feinstaubbelastung in Bernau eine Ortsumgehungsstraße in angemessener Distanz zur Wohnbebauung benötigt wird?
5. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass in Ansehung der Größe der Stadt eine landespolitisch unterstützte Kraftanstrengung finanziell gerechtfertigt wäre?
6. Was wird von Seiten der Landesregierung für nötig erachtet, um eine planerische Vorbereitung und bauliche Realisierung zeitnah voranzubringen?

Zu den Fragen 4 bis 6: Die Maßnahme „L 200, Ortsumgehung Bernau (L 314-L 200-L 30)“ ist Bestandteil des Landesstraßenbedarfsplans 2010. Ein Bedarf für eine Neubaumaßnahme von der L 314 bis zur L 30 wurde damit gesetzlich festgestellt.

Auf der Grundlage der derzeit in Erarbeitung befindlichen Straßenverkehrsprognose 2030 für das Land Brandenburg werden in der laufenden Legislaturperiode die Maßnahmen des Landesstraßenbedarfsplans 2010 überprüft. Anhand der neuen Verkehrsdaten sind dann auch Aussagen hinsichtlich Bedarf, Umsetzbarkeit und Bauwürdigkeit der einzelnen Maßnahmen möglich. Dabei wird den Entwicklungszielen der Stadt Bernau, insbesondere der geplanten Ansiedlung von Wohnung und Gewerbe und dem damit erwarteten höheren Verkehrsaufkommen, Rechnung getragen. Auch eine Verkehrskonzeption auf Basis der bereits im Bau befindlichen kommunalen Straße wird bei der zeitlichen Einordnung von Straßenbaumaßnahmen in das Projektprogramm des Landesbetriebes Straßenwesen Berücksichtigung finden.